

GASTKOMMENTAR

Ein Zeichen für das Tierwohl



RÜDIGER JÜRGENSEN

Die Einführung einer gesetzlich verpflichtenden Haltungskennzeichnung für alle tierischen Lebensmittel in Deutschland wird immer wahrscheinlicher. Verbraucher fordern sie, weil sie wissen wollen, unter welchen Bedingungen die Tiere gelebt haben. Unternehmen sind dafür, weil sie sich am Markt orientieren und ihre Kunden kennen. Erzeuger wollen sie, weil die Kennzeichnung verlorenes Kundenvertrauen wiederherstellen kann. Für die Nutztiere wäre sie ein erster Schritt zu einem respektvolleren Umgang, weil informierte Kaufentscheidungen zur Beseitigung der schlimmsten Haltungsmissstände führen würden – wie nach Einführung der Eierkennzeichnung.

Aber diese Entwicklung läuft derzeit Gefahr, von der Bundesregierung gebremst zu werden, denn die neue große Koalition will statt der gesetzlichen Haltungskennzeichnung an ihrem geplanten freiwilligen staatlichen Tierwohl-Label für Fleisch aus „besserer“ Haltung festhalten. Als eine vom Volk gewählte Regierung sollte die GroKo dem Wunsch der Gesellschaft entsprechen und ihren Kurs ändern. Die Landwirtschaftsminister der Bundesländer können hierbei helfen, indem sie Ende April auf ihrer halbjährlichen Konferenz eine Empfehlung für die gesetzliche Haltungskennzeichnung beschließen und damit ein wichtiges Signal nach Berlin senden. Die Länder würden damit dem Mehrheitswillen der Deutschen entsprechen, von denen 87 Prozent fordern, dass es Tieren in der Landwirtschaft besser geht, und 88 Prozent dafür bereit sind, mehr Geld auszugeben.

Der Bauernverband hat sich unlängst für die Einführung einer verpflichtenden Haltungskennzeichnung für Fleisch ausgesprochen. Die Interessensgemeinschaft der Schweinemäster und der Zentralverband der Geflügelzüchter sind ebenfalls für die verbindliche gesetzliche Kennzeichnung, wie eine Umfrage der Umweltorganisation Greenpeace gezeigt hat. Auch der Handel hat die Zeichen der Zeit erkannt. Der Discounter Lidl hat zu Ostern bereits eine eigene Haltungskennzeichnung in seinen Läden eingeführt. Und weitere Unternehmen wie Aldi, Rewe, Kaufland, Penny, McDonald's, Tank und Rast sowie das Lufthansa Cateringunternehmen LSG Sky Chefs haben sich ebenfalls für die Kennzeichnung ausgesprochen. Diese Verbände und Unternehmen sind auch deshalb für eine Haltungskennzeichnung, weil sie wissen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die eine emanzipatorische Entwicklung gemacht hat. Die Gesellschaft heute will umfassend und ehrlich informiert werden; darauf hat sie ein Anrecht.

Dass die Industrie sich vom geplanten staatlichen Tierwohl-Label abwendet, spricht nicht zuletzt auch deshalb für sie, weil deutsche Verbraucher, die dem Label vertrauen, schlicht getäuscht würden. Denn für das freiwillige staatliche Label, das nur einen kleinen Anteil der tierischen Produkte kennzeichnen würde, müssten Verbraucher 20 Prozent mehr zahlen, obwohl die Labelstandards von Fleischproduzenten wenig mehr verlangen, als die bereits geltenden gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen – und oft nicht einmal das. Die Zeit ist reif für einen Wandel. Auch die Landwirtschaftsminister sollten jetzt zeigen, dass an dieser Realität kein Weg vorbeiführt.

■ Der Autor ist Geschäftsführer des deutschen Büros der international tätigen Tierschutz-Stiftung „Vier Pfoten“

ESSAY

Das Leben hinter den Zahlen

Vermutlich ist Jens Spahn an allem schuld. Es war nur ein kurzer Weg zwischen den Verteilungskämpfen an der Essener Tafel, der Frage, ob Tafelkunden eigentlich arm sind, ob man von Hartz IV denn nun leben könne, bis hin zur aktuellen Meldung, dass immer mehr Kinder in Hartz IV leben, ergo arm seien. Denn wer mag sich schon auf die Seite eines Spahn schlagen und jetzt noch behaupten, diese Kinder seien gar nicht arm? Kinderarmut nicht ernst zu nehmen, gleicht einem politischen Himmelfahrtskommando. Längst sind die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen von linker Seite wieder auf dem Tisch, alternativ die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze und natürlich mehr Anstrengungen für Migrantenkinder, wobei noch nicht ganz klar ist, wer sich da mehr anstrengen soll, der Staat, die Kinder selbst oder deren Eltern? Bevor wir uns aber komplett im sozialpolitischen Nebel verlieren, muss Differenzierung her.

Faktisch bedeutet der Anstieg der Migrantenkinder, die Hartz IV beziehen und nach landläufiger Definition ergo als arm gelten, für dieselben Kinder jedenfalls eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Wie die Bundesagentur für Arbeit in ihren aktuellen Zahlen vermeldet, leben von den gut zwei Millionen Kindern in Hartz IV fast 600.000 in ausländischen Familien. Der Anteil dieser Kinder ist allein zwischen 2016 und heute um über 40 Prozent gestiegen und erklärt sich nachweislich als Folge der hohen Flüchtlingszahlen. Allein der Anteil syrischer Kinder in Hartz IV stieg zwischen 2013 und 2017 von knapp 8000 auf über 200.000 Kinder an. Afghanistan und der Irak, aber auch Bulgarien stechen ebenfalls hervor. Das mittlere Jahreseinkommen in Afghanistan beträgt derzeit keine 600 Euro, das in Syrien liegt bei rund 2600 und im Irak bei 5400. Wer es in die staatliche Grundsicherung eines Landes geschafft hat, dessen mittleres Einkommen bei über 43.000 Euro im Jahr liegt, dem geht es also genau genommen fantastisch, auch wenn er vom genannten lokalen Mittelwert noch weit entfernt ist. Keines dieser Kinder hungert mehr. Alle diese Kinder bekommen Schulbildung, ein Dach über dem Kopf, einen Arzt, wenn sie krank sind und somit das erste Mal in ihrem Leben eine Option auf eine bessere Zukunft. Ja, es reicht nicht für Luxus und auch bestimmt nicht für ein Smartphone. Aber diese Kinder haben es gut und besser als die allermeisten Kinder weltweit.

Nun höre ich bereits die Rufe, die diese Ansichten als Zwei-Klassen-Denken verurteilen. Das erste Anti-Rassisten-Bataillon ist wohl auch schon in Bewegung. Und sagte nicht bereits der Linke Dietmar Bartsch, jedes Kind müsse gleich viel wert sein? Stimmt! Und das ist es uns ja auch. Wir machen gerade keinen Unterschied zwischen Flüchtlings- und einheimischen Kindern. Für jedes bringen wir die gleiche Summe und Anstrengung auf. Der inflationäre Gebrauch des Wortes Armut in einem der reichsten Länder der Welt gereicht aber eher dazu, Neidbatten loszutreten, als Lösungen für tatsächliche Probleme zu finden oder gar die wahren Probleme zu benennen. Denn wie jeder weiß, ist die Frage der Armut ja sowieso eine relative Erscheinung, bemisst sie sich innerhalb der EU in der Regel danach, ob jemand weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens eines Landes besitzt. Würden also etwa ein paar Superreiche wie Facebook-Gründer Mark Zuckerberg ihren Wohnsitz samt Milliardenvermögen nach Deutschland verlegen (was man ihm aus steuerlichen Gründen, aber auch zur Sicherung seiner

Mit Statistiken allein lassen sich die Probleme armer Kinder in Deutschland nicht erklären. Wer wirklich etwas ändern will, muss Familien finanziell entlasten – und zugleich jene Eltern aktivieren, die ihren Nachwuchs vernachlässigen



BIRGIT KELLE

körperlichen Unversehrtheit derzeit nicht anraten mag), würde sich das mittlere Einkommen der Deutschen statistisch erhöhen, und es würden noch mehr Menschen unter die 60-Prozent-Marke fallen. Keiner hätte einen Cent mehr oder weniger in der Tasche, es gälten aber mehr Menschen in Deutschland statistisch als arm. Die Definition hakt also.

Hartz IV ist nicht Armut, sondern Leben auf niedrigem finanziellen Niveau. Ganz egal, ob wir das nun spahnmäßig für Erwachsene diskutieren oder für deren Kinder. Damit sind wir endlich mitten im eigentlichen Problem: Dem politischen Versuch, Kinder und ihre Armut von ihren Eltern abzukoppeln. Das ist nicht neu, wir kennen es bereits aus den Debatten zur Kinderförderung oder zu Kinderrechten ins Grundgesetz. Auch dort werden Eltern nur ungern erwähnt oder eher als Störung eines reibungslosen staatlichen Erziehungswillens betrachtet. Wir können Kinder aber nicht ohne ihre Eltern denken. Nicht ohne ihr Zuhause, ihre Familien und die Erziehungsberechtigten, die tagtäglich darüber bestimmen, womit und in welchen Umständen diese Kinder leben. Kinderarmut ist Elternarmut. Alles andere ist Unsinn. Kinderarmut ist Familienarmut und in großen Teilen übrigens alleinerziehende Mütterarmut und Armut in kinderreichen Familien.

Was die Linke gerade probiert, nämlich Hartz IV mit Armut gleichzusetzen, ist allein schon eine Begriffsvernebelung. Keine Grundsicherung – das wäre problematisch. Denn damit wären wir dann in der Armut von Ländern wie Syrien, Afghanistan und dem Irak. Dass wir es als Gesellschaft schaffen, jedem ein Dach über dem Kopf, Bildung, medizinische Versorgung und genug zu essen zu garantieren, ist jedenfalls keine Selbstverständlichkeit. Die gute Nachricht

ist nämlich: Der Anteil der deutschen Kinder, die in Haushalten mit Grundsicherung leben, ist zurückgegangen, wir haben also eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Schauen wir aber auch dorthin, wo noch Entwicklungspotenzial ist und Mangel herrscht völlig abseits von Hartz IV.

Der vierfache, selbstständige Vater aus meinem Freundeskreis, der laut Internetrechner ein Aufstocker sein könnte, aber so „blöd“ ist, die Ernährung seiner Familie selbst in die Hand zu nehmen, ist statistisch mit seinen Kindern nämlich auch arm. Läge er den ganzen Tag auf der Couch, hätte die Familie mehr Geld auf dem Konto. Er steht dennoch morgens auf, die Kinder gehen in die Schule und zur Ausbildung, und man ist stolz, es alleine zu schaffen, wenn auch finanziell kein großer Spielraum da ist, obwohl er nicht schlecht verdient. Da aber sechs Personen von seinem Einkommen leben müssen, schlägt hier der Großfamilienmalus zu.

Laut Evaluation des Familienministeriums vor einigen Jahren steigt das Risiko, an die Armutsgrenze zu rutschen, in Deutschland mit dem Schritt vom zweiten zum dritten Kind um 50 Prozent. Mit jedem weiteren Kind wird die Situation prekärer. Wären wir in Frankreich, würden die meisten Familien bei diesem Schritt in den Bereich der Steuerfreiheit kommen. Wer also Entlastungspotenziale für Familien sucht, kann gerne mal nach Westen schauen. In der Grundschule eines unserer Kinder las ich vor ein paar Jahren die Weihnachtswünsche der Viertklässler, die im Rahmen des Religionsunterrichtes anonym aufgeschrieben an der Klassenzimmertür hingen. Während Kinder wie meine den halben Prospekt eines Elektronik-Fachmarktes aufschreiben, klebte dort unter vielen bunten Wünschen mit krakeliger Kinderschrift verfasst ein Zettel mit den Worten: „Ich wünsche mir, dass wir wieder Strom haben.“ Das ist Armut bei Kindern. Eltern, die die Stromrechnung nicht bezahlen können. Denn entgegen den Voraussagen eines Jürgen Trittin, dass die Energiewende niemanden mehr kosten würde als eine Kugel Eis im Monat, sehen das die meisten Menschen auf ihren Abrechnungen faktisch anders. Und das, obwohl sich selbst der Preis für eine Kugel Eis inzwischen verdoppelt hat.

Wir reden hier über die Durchschnittsfamilie am unteren Einkommensniveau, die jeden Euro dreimal umdrehen muss, weil sie wenig zum Leben, aber zu viel hat, um irgendwo Ansprüche geltend zu machen. Wer also nach Potenzial sucht, um Kinderarmut zu senken, muss sehen, wo man Eltern faktisch mehr im Geldbeutel belässt. Energiekosten müssen endlich runter statt immer weiter rauf. Weniger Umsatzsteuer auf Kinderartikel, Grundnahrungsmittel, Kinderklamotten und Schulsachen wäre nur ein Anfang. Geringere Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme, wie vom Bundesverfassungsgericht vor zig Jahren gefordert, könnten viele massiv entlasten. Ein Familiensplitting zusätzlich zum Ehegattensplitting wäre das Mindeste. Wir setzen aber lieber Kinderrechte in die Verfassung und Geld in Institutionen. Davon bezahlt man aber keinen Schulausflug, keine Zahnpflege, keine Kinderschuhe und auch keinen Musikunterricht.

Nun ist Kinderarmut kein neues Thema. Schon 2009 empfahl selbst die OECD in ihrem Papier „Doing better for children“, mehr bares Geld in die Familien zu geben, um Kinderarmut zu bekämpfen. Nur ein Jahr später revidierte die OECD diese Empfehlung – ohne die Erhebung auch nur einer einzigen neuen Zahl – in dem Papier „Doing better for families“ und änderte sie auf: mehr Geld in Betreuungsinstitutionen.

Warum? Weil sich von 2009 auf 2010 innerhalb der OECD die Prioritäten geändert hatten. Neue Zielvorgabe war jetzt: Mutti in die Produktion. Mehr Frauen in die Arbeitswelt. Deswegen empfahl man, mehr in Kinderbetreuung zu investieren, anstatt bar in die Familie, denn das führt dazu, dass Frauen weniger erwerbstätig sind. Die gleiche Argumentation findet sich übrigens beim deutschen Familienministerium wieder: dass zu viel Bares keinen „Anreiz“ bietet, erwerbstätig zu sein. Wir lassen also absichtlich Familien finanziell ausbluten, damit die Mütter erwerbstätig werden. Das ist blanker Zynismus. Es scheint, als müsste der Staat zunächst sein Misstrauensvotum gegen die Eltern zurücknehmen, wollte er tatsächlich die Armut von Kindern beseitigen.

Kommen wir noch einmal zu den Migrantenkindern in der Statistik, zu viele von ihnen seien betroffen, wo soll da eine große Integration stattfinden, fragte ein Experte bei der ARD ins laufende Programm und gab gleich die Antwort: Diese Eltern müssten in Arbeit und sei es in geringfügige Beschäftigung. Und genau das ist richtig: Damit sind sie zwar nicht aus der aktuellen finanziellen Situation raus, aber zumindest in der Eigenverantwortung drin. Und das ist auch schon mal gut. Denn es bringt eine neue Dynamik in diese Familien und verhindert, wenn alles gut geht, gleich zu Beginn die Grundsteinlegung einer neuen Hartz-IV-Dynastie. Einmal Hartz IV, immer Hartz IV – es vererbt sich allen Statistiken zufolge nämlich recht gerne.

Böserweise fiel mir an dieser Stelle der syrische Familienvater Ahmed aus Pinneberg ein, der mit Erst- und Zweitfrau sowie sechs Kindern erst kürzlich als staatlich subventionierter Polygamist zum Medienstar avancierte und bereitwillig in die Kameras erzählte, dass er nicht arbeiten gehen will, denn er sei lieber bei seinen Kindern. Wer wäre das nicht auch gerne? Dieser Mann besitzt eine Arbeiterlaubnis. Wann verlangen wir, dass er sein Leben in die Hand nimmt und anfängt, seine Familie selbst zu ernähren? Diese sechs Kinder werden ewig in Hartz IV bleiben, nicht weil dies Land so schrecklich unsozial ist, sondern weil ihr Vater ein fauler Sack ist, der gerne auf seinem Teppich sitzt und herrscht, während die beiden Damen ihm den Haushalt führen.

Es ist also immer die Frage, welche Armut wir messen und welche eigentlich relevanter ist. Kinder können arm sein an Zeit, arm an Zuwendung, an Aufmerksamkeit, an Liebe. Was wir gerade singular diskutieren, ist die Einkommensarmut. Ob einem Kind abends vorgelesen wird, ob es ein Schulbrot geschmiert bekommt, ob morgens überhaupt jemand aufsteht und ob jemand mit dem Kind Hausaufgaben macht, ist keine Frage von materieller, sondern eher von Motivationsarmut bei Eltern. Armut ist schlicht keine Ausrede, seine Kinder zu vernachlässigen, sich gehen zu lassen oder Anstrengung und Arbeit zu vermeiden.

Die Armut der Eltern kann auch hausgemacht sein, das schlechte Vorbild für die Kinder gibt es dann inklusive dazu. Wer also Kinderarmut in den Griff bekommen will, muss mehr tun, als über Grundeinkommen und höhere Sozialsätze zu diskutieren, sonst werden wir weiterhin Kinderarmut in Deutschland vorfinden – allerdings auch weiterhin arm an Kindern bleiben.

■ Die Autorin (43) ist Journalistin und hat mehrere Bücher veröffentlicht, darunter: „Denn mach doch die Bluse zu: Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“, „GenderGaga“ und 2017 „Muttertier: Eine Ansage“

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 f.)
Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs: Peter Huth, Oliver Michalsky, Arne Tietz
Stellvertretende Chefredakteurin: Dagmar Rosenfeld

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Director Digital Innovation: Niddal Salah-Eldin
Chefkommmentator: Torsten Krauel
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner, Henning Kruse, Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler
Creative Director: Cornelius Tittel
Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster, Lars Schroeder
Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich
Investigation/Reportage: Wolfgang Bilscher, Jennifer Wilton, Stv. Manuel Bewander
Außenpolitik: Klaus Geiger, Silke Mühlherr
Wirtschaft/Finanzen: Olaf Gersemann, Ileana Grabitz, Stv. Jan Dams, Dietmar Defnier, Thomas Exner (Senior Editor)
Kultur: Andreas Rosenfelder, Stv. Lucas

Wiegelmann
Literarische Welt: Dr. Mara Delius
Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
Stil/Reise/Motor: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)
Sport: Stefan Frommann, Stv. Sven Flohr, Christian Witt, Volker Zeitler
Leben/Wissen: Wolfgang Scheida, Helke Vowinkel, Stv. Dr. Pia Heinemann
Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach, Stv. Claudia Sewig

Nachrichtenchef: Falk Schneider
Social Media: Jürgen Camrath, Andreas Müller
WELTplus: Sebastian Lange
Videos: Martin Heller
CoD Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg Forbricht
Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm

Chefkorrespondent Außenpolitik: Dr. Sascha Lehnartz
Chefkorrespondentin Wirtschaftspolitik: Dr. Do-

rothea Siems
Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
Chefkorrespondent Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerl, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert
Auslandskorrespondenten: Brüssel: Hannelore Crolly,

Dr. Christoph Schiltz
Budapest: Boris Kalnoky
Istanbul: Deniz Yücel
Jerusalem: Gil Yaron
Kapstadt: Christian Putsch
London: Stefanie Bolzen, Thomas Kießling
Madrid: Ute Müller
Marakesch: Alfred Hackensberger
Moskau: Pavel Lokshin
New York: Michael Remke, Hannes Stein
Paris: Martina Meister
Peking: Johnny Erling
Prag: Hans-Jörg Schmidt
Warschau: Dr. Gerhard Gnauck
Washington: Steffen Schwarzkopf, Clemens Wergin